

GESCHÄFTSBERICHT 2007

AMIRA Verwaltungs AG
Brienner Straße 9, 80333 München
Telefon: 0 89 / 29 00 54-0
Telefax: 0 89 / 29 00 54-59

Eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts München: HRB 41170

INHALTSVERZEICHNIS

Tagesordnung	4
Aufsichtsrat	7
Vorstand	7
Lagebericht	9
Allgemeiner Überblick	9
Ertragslage	10
Vermögenslage	11
Finanzlage	11
Ergebnis aus Beteiligungen	11
Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns	12
Ausblick	12
Bericht gemäß § 312 AktG	12
Risikomanagement	13
Risikobetrachtungen	13
Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres	14
Corporate Governance Kodex	14
Angaben gemäß § 289 Absatz 4 HGB	14
Bericht des Aufsichtsrats	15
Jahresabschluss 2007	17
Bilanz zum 31. Dezember 2007	17
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2007	18
Anhang für das Geschäftsjahr 2007	19
I. Allgemeine Angaben zu Inhalt und Gliederung des Jahresabschlusses	19
II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	19
III. Erläuterungen zum Jahresabschluss	20
IV. Sonstige Angaben	25
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	27

TAGESORDNUNG

für die am

**Montag, 30. Juni 2008,
11.00 Uhr,**

im Ballsaal
des Künstlerhauses München
(Eingang Maxburgstraße, gegenüber BMW-Pavillion),
stattfindende

99. ordentliche Hauptversammlung

1 Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses zum 31.12.2007, des Lageberichts des Vorstands für das Geschäftsjahr 2007 mit dem Bericht des Aufsichtsrats sowie des erläuternden Berichts zu den Angaben nach § 289 Abs. 4 HGB.

Die vorstehenden Unterlagen liegen in den Geschäftsräumen der AMIRA Verwaltungs AG, Briener Straße 9, 80333 München, sowie in der Hauptversammlung selbst zur Einsicht der Aktionäre aus und können auf der Internetseite www.AMIRA-AG.de eingesehen werden. Auf Verlangen werden jedem Aktionär kostenlos Abschriften der ausliegenden Unterlagen erteilt.

2 Verwendung des Bilanzgewinns zum 31. Dezember 2007

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Bilanzgewinn in Höhe von € 2.051.780,28 auf neue Rechnung vorzutragen.

3 Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2007

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Mitgliedern des Vorstands für das Geschäftsjahr 2007 Entlastung zu erteilen.

4 Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2007

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Mitgliedern des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2007 Entlastung zu erteilen.

5 Beschlussfassung zur Herabsetzung des Grundkapitals zum Zwecke der Rückzahlung eines Teils des Grundkapitals an die Aktionäre

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, zu beschließen:

Zum Zwecke der Rückzahlung eines Teils des Grundkapitals an die Aktionäre der Gesellschaft wird das Grundkapital der Gesellschaft von derzeit € 798.000,00, eingeteilt in Stück 79.800 auf den Inhaber lautende Stamm-Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von € 10,00 je Inhaber-Stückaktie, um € 718.200,00 auf € 79.800,00 herabgesetzt. Die Herabsetzung erfolgt nach den Vorschriften über die ordentliche Kapitalherabsetzung (§§ 222 ff AktG) durch Verringerung des auf jede Stückaktie entfallenden rechnerischen Anteils am Grundkapital. Mit der Durchführung der Kapitalherabsetzung verringert sich der auf die einzelne Aktie entfallende anteilige Betrag des Grundkapitals von € 10,00 um € 9,00 auf € 1,00.

Der Vorstand wird ermächtigt, den Betrag in Höhe von € 9,00 je Stückaktie nach Ablauf der sechsmonatigen Wartefrist für die Rückzahlung des herabgesetzten Grundkapitals und nach Befriedigung oder Besicherung von Gläubigern der Gesellschaft (§ 225 Abs. 2 Satz 1 AktG) an die Aktionäre auszusahlen.

6 Beschlussfassung über eine Satzungsänderung

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, § 4 Satz 1 der Satzung der Gesellschaft (Grundkapital) mit dem Wirksamwerden der Kapitalherabsetzung wie folgt zu ändern:

„§ 4

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt € 79.800,00 (i.W. Euro neunundsiebzigttausendachthundert); es ist eingeteilt in 79.800 Stückaktien.“

Im Übrigen bleibt § 4 der Satzung unverändert.

7 Wahlen zum Aufsichtsrat

Die Amtszeit sämtlicher Aufsichtsratsmitglieder endet mit Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung am 30. Juni 2008. Der Aufsichtsrat setzt sich gemäß § 9 Abs. 1 der Satzung in Verbindung mit §§ 95, 96 Abs. 1, 6. Alternative, 101 Abs. 1 AktG aus drei Mitgliedern zusammen; es handelt sich ausschließlich um von der Hauptversammlung zu wählende Aufsichtsratsmitglieder der Aktionäre.

Der Aufsichtsrat schlägt vor, als Vertreter der Aktionäre in den Aufsichtsrat zu wählen:

Frau Maria Theresia von Finck
Bankkauffrau, München

Herrn Dipl.-Ing. Gerald Hollrotter
Direktor der Hochtief AG i. R., München
Mitglied in weiterem gesetzlich zu bildenden Aufsichtsrat:
Nymphenburg Immobilien AG, München

Herrn Dipl.-Kfm. Ernst Knut Stahl
Geschäftsführer der Lenbach Holding GmbH, München
Mitgliedschaften in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten:
Custodia Holding AG, München
Nymphenburg Immobilien AG, München
Staatl. Mineralbrunnen AG Bad Brückenau, Bad Brückenau
Vergleichbare Mandate in ausländischen Kontrollgremien:
Clair Finanz Holding AG, Cham/Schweiz
Mövenpick Holding AG, Cham/Schweiz
Sonotel Ouchy SA, Lausanne/Schweiz
Welinvest AG, Basel/Schweiz

Die Hauptversammlung ist an die Wahlvorschläge nicht gebunden.

8 Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2008

Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Bayerische Treuhandgesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, München, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2008 zu wählen.

A U F S I C H T S R A T

Gerald Hollrotter, München
Vorsitzender

Ernst Knut Stahl, München
stv. Vorsitzender

Maria Theresia von Finck, München

V O R S T A N D

Gerd Amtstätter, München

Dieter Bleicher, Grünwald

LAGEBERICHT DER AMIRA VERWALTUNGS AG

Allgemeiner Überblick

Der Büroflächenumsatz an den größten deutschen Standorten ist im Jahr 2007 stark gestiegen. 2007 wurden rund 3,7 Mio. m² Büroflächen umgesetzt. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber 2006 um 14,5 %. Das Ergebnis 2007 wurde bisher nur vom Rekordergebnis des Boomjahres 2000 übertroffen.

Das Wachstum des Flächenumsatzes wurde durch eine rege Nachfrage in allen Marktsegmenten getragen, was wohl auf die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen war. Unangefochtener Spitzenreiter aller deutschen Großstädte war 2007 erneut München, wo mit 834.000 m² das zweitbeste jemals registrierte Ergebnis erzielt wurde. Gegenüber 2006 ist der Flächenumsatz um gut 24 % gestiegen.

Trotz des hohen Vermietungsumsatzes konnte 2007 kein Rückgang der Leerstände verzeichnet werden. Zum Jahresende stieg die Leerstandsrate sogar leicht um rund 40.000 m² auf rund 1,53 Mio. m² an. Das Flächenpotenzial, das aus Neubauflächen und Bestandsflächen im Laufe des Jahres 2008 zur Vermietung auf den Markt kommt, lässt das Angebot auf über 1,8 Mio. m² steigen. Daneben entstehen 2008 und 2009 weitere 600.000 m² Büroneubauflächen, davon stehen derzeit noch rund 50 % zur Vermietung an.

Die wirtschaftlichen Aussichten trüben sich augenblicklich aufgrund der Turbulenzen an den Finanzmärkten wegen des Ölpreisanstieges und der Sorge um eine mögliche Rezession in den USA ein. Die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute sehen die Rahmenbedingungen für einen anhaltenden Wirtschaftsaufschwung in unserem Land noch gegeben und rechnen mit einem weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Anstieg der Erwerbstätigenzahlen.

Die Nachfrage nach Büroflächen dürfte 2008 vermutlich über dem langjährigen Durchschnitt liegen. Ein Flächenumsatz wie im Jahr 2007 ist aus unserer Sicht unwahrscheinlich.

Wir glauben, dass München auch weiterhin seine Sonderstellung innerhalb Deutschlands behält. Die bayerische Landeshauptstadt zeichnet sich durch vielfältige Stärken aus und hat gegenüber anderen Metropolen in Deutschland einen wesentlichen Wettbewerbs- und Standortvorteil. Dies gibt uns die Zuversicht, dass unsere zur Verfügung stehenden Büroflächen auch zukünftig gut vermietbar bleiben. Dabei ist eindeutig zu beobachten, dass steigende Mietpreise fast ausschließlich für innerstädtische, modern ausgestattete, hochwertige Büroflächen geboten wurden, während ältere Innenstadtrandlagen schwer vermietbar sind.

Ertragslage

Die Mietumsätze der Gesellschaft verringerten sich im Geschäftsjahr 2007 um insgesamt TEUR 134 oder 2,82 %. Dieser Rückgang ist auf den Leerstand im Ridler-Gewerbepark zurückzuführen.

Im Einzelnen entwickelten sich die Mieten in den Objekten der Gesellschaft wie folgt:

Amiraplatz	8.269 m ²	TEUR 2.497	(im Vorjahr TEUR 2.459)
Ridlerstraße	17.047 m ²	TEUR 1.783	(im Vorjahr TEUR 1.958)
Kardinal-Faulhaber-Straße	1.155 m ²	TEUR 330	(im Vorjahr TEUR 327)

Die sonstigen betrieblichen Erträge verminderten sich auf TEUR 461 (im Vorjahr TEUR 541). In den TEUR 461 ist unverändert ein Betrag von TEUR 355 enthalten, der aus der Auflösung eines passiven Rechnungsabgrenzungspostens im Zusammenhang mit der Einräumung eines Geh- und Fahrtrechtes an Dritte stammt. Dieser Rechnungsabgrenzungsposten stand anfänglich mit TEUR 6.596 zu Buche. Per 31.12.2007 beläuft sich diese Position noch auf TEUR 3.217 und wird in den nächsten 9 Jahren in gleichen Beträgen aufgelöst.

Das Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit verringerte sich auf TEUR 721 (im Vorjahr TEUR 781).

Das verminderte Geschäftsergebnis resultiert, neben dem Rückgang der Umsatzerlöse, im Wesentlichen aus den um TEUR 151 auf TEUR 499 erhöhten Aufwendungen für bezogene Leistungen. In dieser Position sind die Instandhaltungsaufwendungen aufgrund der fertig gestellten Umbauten bei dem Objekt Ridler-Gewerbepark von insgesamt TEUR 220 im Jahr 2006 auf TEUR 366 im Jahr 2007 gestiegen.

Andererseits verringerten sich im Geschäftsjahr 2007 die Abschreibungen auf Sachanlagen um TEUR 156 auf TEUR 1.612. Im Vorjahr waren außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von TEUR 168 enthalten.

Der Personalaufwand verminderte sich im Geschäftsjahr 2007 auf TEUR 661 (im Vorjahr TEUR 765) aufgrund der geringeren Aufwendungen für Altersversorgung (TEUR 112; im Vorjahr TEUR 248). Die Pensionszahlungen an ehemalige leitende Mitarbeiter betragen wie im Vorjahr TEUR 69.

Wegen der oben aufgeführten Tatsachen verminderte sich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit gegenüber dem Vorjahr um TEUR 60 auf TEUR 721. Nach Steuern von TEUR 218 verbleibt ein Jahresüberschuss von TEUR 503.

Vermögenslage

Durch die Gewinnthesaurierung im Vorjahr hat sich das bilanzielle Eigenkapital trotz des geringeren Jahresergebnisses 2007 und trotz der im Vorjahr mit TEUR 638 vorgenommenen Kapitalherabsetzung lediglich auf TEUR 8.428 (im Vorjahr TEUR 8.563) vermindert. Die Eigenkapitalquote liegt dadurch bei 23,9 %.

Das Sachanlagevermögen der Gesellschaft betrug zum 31.12.2007 TEUR 34.328 (im Vorjahr TEUR 35.408). Auf diese Anlagen wurden 2007 TEUR 1.612 (im Vorjahr TEUR 1.768) abgeschrieben.

Unsere langfristigen Darlehen wurden um TEUR 1.451 auf TEUR 18.724 (im Vorjahr TEUR 20.175) getilgt. Die vereinbarten Laufzeiten für unsere Darlehen sind langfristig. Kurzfristige Kredite wurden im Berichtsjahr in Höhe von TEUR 300 in Anspruch genommen.

Finanzlage

Der Cash Flow aus der operativen Geschäftstätigkeit unserer Gesellschaft verringerte sich überwiegend wegen der geringeren Abschreibungen sowie des Mittelabflusses durch Steuernachzahlungen um TEUR 318 auf TEUR 1.775. Unsere Investitionen und die Tilgung unserer Darlehen erfolgten weitgehend aus dem operativen Cash Flow.

Unsere in der Vergangenheit und auch im Geschäftsjahr 2007 konsequent vorgenommenen Regel- und Sondertilgungen auf die langfristigen Darlehen erbringen hohe freie Grundschuldanteile. Dies führt zu neuen Valutierungsmöglichkeiten, da der jeweilige Beleihungsauslauf der Grundpfandrechte gering ist. Das im Jahr 2004 erworbene Anwesen Kardinal-Faulhaber-Straße ist vollständig unbelastet.

Ergebnis aus Beteiligungen

Die DeWe Deutsche Werkstätten Grundbesitz Verwaltungs GmbH hat auch im Geschäftsjahr 2007 keine Geschäfte getätigt.

Die Unterstützungs-Einrichtung der Vereinigte Werkstätten für Kunst im Handwerk München-Bremen GmbH verfügt zum 31.12.2007 über ein Kassenvermögen von TEUR 981. Sie erhielt im Jahr 2007 eine Zuwendung von TEUR 38. Diese Dotierung entspricht dem höchsten im Berichtsjahr steuerlich abzugsfähigen Zuwendungsbetrag. Von der Unterstützungseinrichtung wurden im Jahr 2007 TEUR 120 (im Vorjahr 121) an 191 (im Vorjahr 192) berechnete Ruheständler ausbezahlt.

Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Bilanzgewinn in Höhe von € 2.051.780,28 auf neue Rechnung vorzutragen und für das Geschäftsjahr 2007 keine Dividende an die Aktionäre auszuschütten. Stattdessen wird der Hauptversammlung wiederum vorgeschlagen, entsprechend den Vorschriften des Aktiengesetzes (§§ 222 ff AktG) das Kapital der Gesellschaft um € 718.200,00 herabzusetzen. Nach Ablauf einer sechsmonatigen Wartefrist (§ 225 AktG) würden dann den Aktionären € 9,00 pro Stückaktie zufließen.

Ausblick

Entsprechend dem allgemeinen Trend bei Gewerbeimmobilien in München sind unsere beiden Objekte in der Innenstadt vollständig vermietet.

Problemobjekt bleibt weiterhin der im Westend gelegene Ridler-Gewerbepark. Im laufenden Jahr konnten wir weitere 823 m² vermieten. Damit bleiben in dem Haus 31 und 31d 2.480 m² unvermietet. Im Haus 31a, das insgesamt 1.620 m² Mietfläche umfasst, stehen 1.134 m² leer. Bezüglich dieses Hauses prüfen wir die Umwandlung in Wohneigentum und damit verbunden den Verkauf als Teileigentum, ohne dabei das Volleigentum der restlichen Gewerbeeinheiten anzutasten. Unsere Vermietbemühungen konzentrieren sich deshalb vorwiegend auf das Haus Ridlerstraße 31, 31d.

Trotz der geschilderten Probleme im Ridler-Gewerbepark erwarten wir für das Geschäftsjahr 2008 eine leichte Ergebnisverbesserung gegenüber dem Vorjahr.

Bericht gemäß § 312 AktG

Die von Finck'sche Hauptverwaltung GmbH, München, hat uns am 21. Juni 2002 gemäß § 41 Abs. 2 Satz 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr am 1. April 2002 insgesamt 46,37 % der Stimmrechte an unserer Gesellschaft zustehen. Die von Finck'sche Hauptverwaltung, München, hat uns am 21. Juni 2002 gemäß § 41 Abs. 2 Satz 1 WpHG mitgeteilt, dass Herr August von Finck, München, am 1. April 2002 insgesamt 85,42 % der Stimmrechte an unserer Gesellschaft zustehen. Davon sind Herr August von Finck 46,37 % der Stimmrechte nach § 22 Abs. 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Wie haben deshalb über die Beziehungen unserer Gesellschaft zu Herrn August von Finck und mit ihm verbundenen Unternehmen für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 einen Bericht nach § 312 AktG erstellt. Der Vorstand erklärt, dass die Gesellschaft auf Veranlassung von verbundenen Unternehmen keine Rechtsgeschäfte durchgeführt oder Maßnahmen getroffen oder unterlassen hat.

Risikomanagement

Die AMIRA Verwaltungs AG hat alle bestehenden Risiken vollständig und systematisch erfasst und einer Überprüfung unterzogen. Insbesondere ist es erforderlich,

- einzelne Risikofelder, geordnet nach möglichen Auswirkungen auf das Unternehmen sowie die Wahrscheinlichkeit/Häufigkeit des Auftretens zu dokumentieren und zu qualifizieren
- die Verantwortungsbereiche für erkannte Risiken aufzuzeigen.

Der kontrollierte Umgang mit Gefahren soll darüber hinaus dazu führen, bestehende Chancen konsequent zu nutzen und dadurch den Unternehmenswert zu steigern. Das Risikomanagement gewährleistet zusätzlich die frühzeitige Erkennung und Bewertung neuer Risiken sowie die Einleitung entsprechender Gegenmaßnahmen.

Risikobetrachtungen

Folgende Kernaussagen zu den Risiken und der künftigen Entwicklung der Gesellschaft sind angebracht:

1. Vermietrisiko

Unsere bestehenden Mietverträge laufen weitgehend mittelfristig. Die gute Bonität unserer Mieter lässt Ausfälle nicht erwarten. Die leerstehenden Flächen befinden sich durchwegs in optisch und technisch guter Verfassung. Unsere direkten und indirekten (über Makler) Vermietbemühungen bleiben unverändert hoch. Die Vermietung des verbliebenen Leerstandes in der Ridlerstraße gestaltet sich aufgrund der lokalen Wettbewerbssituation weiterhin schwierig. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass der Leerstand auch im laufenden Geschäftsjahr nicht vermietet werden kann. Die nach wie vor gute Ertragslage der Gesellschaft verhindert jedoch eine Bedrohung für die Gesellschaft durch die damit verbundenen Mietausfälle.

2. Zinsänderungsrisiko

Da wir der Meinung sind, dass die Zinsen weiter – wenn auch moderat – steigen werden, haben wir unsere gesamten Immobilien-Kredite langfristig zu festen Konditionen finanziert. Wir haben uns dabei Sondertilgungsmöglichkeiten offen gehalten.

3. Liquiditätsrisiko

Die Liquidität der Gesellschaft ist aufgrund der hohen freien Grundschuldanteile sowie der unbelasteten Vermögenswerte gesichert.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft wesentlich wären, sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Corporate Governance Kodex

Aufsichtsrat und Vorstand sind der Überzeugung, dass die Leitung und die Überwachung der Gesellschaft – wie vom Aktiengesetz vorgeschrieben – einer ordnungsgemäßen Unternehmensführung entsprechen. Aufsichtsrat und Vorstand der Gesellschaft haben daher gemäß § 161 AktG erklärt, dass die Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 14. Juni 2007 im Berichtsjahr nicht zur Anwendung kommen und ihnen auch weiterhin nicht entsprochen wird.

Angaben gemäß § 289 Absatz 4 HGB

Das Grundkapital der Gesellschaft in Höhe von € 798.000,00 ist in 79.800 nennwertlose, auf den Inhaber lautende Stückaktien aufgeteilt. Gemäß § 16 der Satzung gewährt in der Hauptversammlung eine Stückaktie eine Stimme. Die weiteren Rechte und Pflichten der Inhabers Stammaktien ergeben sich aus den entsprechenden Vorschriften des Aktiengesetzes.

Satzungsänderungen bedürfen einer Mehrheit von drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals. Gemäß § 13 der Satzung ist der Aufsichtsrat zur Änderung und Ergänzung der Satzung befugt, soweit sie nur deren Fassung betreffen (vgl. § 179 Abs. 1 Satz 2 AktG). Weitergehende diesbezügliche Satzungsbestimmungen bestehen nicht.

Für die Ernennung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands sowie für die Änderung der Satzung sind die allgemeinen Regelungen des Aktiengesetzes (§§ 84, 85 bzw. §§ 179 ff AktG) maßgebend.

Die Mitglieder des Vorstands erhalten ein fixes Gehalt sowie übliche Nebenleistungen.

München, 13. März 2008

AMIRA Verwaltungs AG

Der Vorstand

BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Der Aufsichtsrat der AMIRA Verwaltungs AG hat im Geschäftsjahr 2007 die ihm nach Gesetz und Satzung der Gesellschaft obliegenden Aufgaben und Verpflichtungen wahrgenommen.

Der Aufsichtsrat hat sich durch mündliche und schriftliche Berichte des Vorstands sowie in insgesamt 4 regelmäßigen Sitzungen während des Geschäftsjahres 2007 laufend über die Entwicklung und die Lage der Gesellschaft informiert, den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens beraten und die Geschäftsführung der Gesellschaft überwacht. Der Vorstand unterrichtete den Aufsichtsrat über wesentliche Fragen der Unternehmensplanung, die Liquiditäts- und Finanzplanung, die Lage des Unternehmens und den Gang der Geschäfte. Schwerpunkte der Aufsichtsratsarbeit im abgelaufenen Wirtschaftsjahr waren wiederum mögliche Reaktionen auf den erheblichen Leerstand im Objekt Ridlerstraße und damit im Zusammenhang stehende Investitionsentscheidungen.

Zusätzlich haben sich die Mitglieder des Aufsichtsrats im Rahmen von Einzelgesprächen mit den Mitgliedern des Vorstands über Einzelfragen informieren lassen, hierüber mit dem Vorstand beraten und dem Aufsichtsrat berichtet.

Besondere Geschäftsführungsmaßnahmen, für die eine formale Genehmigung des Aufsichtsrats erforderlich ist, wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht vorgenommen. Der Aufsichtsrat hat derzeit keine Ausschüsse gebildet. Eine unmittelbare Einsichtnahme in die Bücher der Gesellschaft durch den Aufsichtsrat war nach Einschätzung des Aufsichtsrats aufgrund der vom Vorstand vorgelegten Unterlagen und Informationen nicht erforderlich.

Die vom Vorstand der Gesellschaft im Lagebericht getroffenen Angaben gem. § 289 Abs. 4 HGB entsprechen den gesetzlichen Regelungen im Aktiengesetz oder ergeben sich unmittelbar aus der Satzung der Gesellschaft in der Fassung vom 7. August 2007. Die Rechte und Pflichten des Aktionärs entsprechen dem gesetzlichen Normalstatut des Aktienrechts. Sonderrechte bestehen nicht. Auch gibt es keine satzungsmäßigen Beschränkungen hinsichtlich des Stimmrechts oder der Übertragung von Aktien. Eigene Aktien hat die Gesellschaft nicht erworben.

Der Vorstand besteht nach näherer Bestimmung durch den Aufsichtsrat aus einer oder mehreren Personen. Er wird entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen (§§ 84, 85 AktG) durch den Aufsichtsrat bestellt und abberufen. Der Vorstand besteht aktuell aus zwei Personen, die gemäß § 7 der Satzung die Gesellschaft gemeinschaftlich vertreten. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, einzelnen Vorstandsmitgliedern die Befugnis zu erteilen, die Gesellschaft alleine zu vertreten. Entschädigungsvereinbarungen mit Mitarbeitern oder Vorständen für den Fall eines Übernahmeangebots bestehen nicht.

Die Buchführung, der vorliegende Jahresabschluss und der Lagebericht des Vorstands für das Geschäftsjahr 2007 wurden auf der Grundlage des Beschlusses der Hauptversammlung vom 29. Juni 2007 von der Bayerische Treuhandgesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis waren keine Beanstandungen zu verzeichnen; der Abschlussprüfer hat einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Der vorliegende Abschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2007, der Bericht nach § 312 AktG und die Prüfungsberichte der zum Abschlussprüfer gewählten Bayerische Treuhandgesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft sind dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gebracht worden. Der Abschlussprüfer hat an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats am 28. April 2008 teilgenommen, über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen berichtet und zu anstehenden Fragen Erläuterungen gegeben. Der Aufsichtsrat stimmt nach eingehender Erläuterung des Jahresabschlusses durch den Vorstand und den Abschlussprüfer sowie eigener Prüfung des vorgelegten Jahresabschlusses dem Prüfungsergebnis des Abschlussprüfers zu. Einwendungen waren nicht zu erheben. Der Aufsichtsrat hat den Abschluss gebilligt; dieser ist damit nach § 172 AktG festgestellt. Dem Vorschlag des Vorstands über die Verwendung des Bilanzgewinns schließt sich der Aufsichtsrat an.

Der Vorstand hat gemäß § 312 AktG für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erstellt und diesen dem Abschlussprüfer und dem Aufsichtsrat zur Prüfung vorgelegt. Die Bayerische Treuhandgesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft hat den Bericht geprüft und folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind.“

Der Aufsichtsrat erklärt nach eigener Prüfung, dass Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen nicht zu erheben sind. Im Übrigen schließt er sich der Beurteilung des Abschlussprüfers an, wie dieser sie in seinem Bestätigungsvermerk niedergelegt hat.

München, 28. April 2008

Der Aufsichtsrat

Gerald Hollrotter
Aufsichtsratsvorsitzender

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2007

AKTIVA	31.12.2007		31.12.2006	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
A. Anlagevermögen				
I. Sachanlagen		34.328.259,64		35.408
II. Finanzanlagen		67.895,21		68
		<u>34.396.154,85</u>		<u>35.476</u>
B. Umlaufvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0,00		101	
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>670.697,93</u>	670.697,93	<u>652</u>	753
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		<u>125.888,10</u>		<u>673</u>
		<u>796.586,03</u>		<u>1.426</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten				
Sonstige		<u>17.332,80</u>		<u>2</u>
		<u>35.210.073,68</u>		<u>36.904</u>
PASSIVA				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	798.000,00		1.436	
II. Kapitalrücklage	327.760,55		328	
III. Gewinnrücklagen	5.250.000,00		5.250	
IV. Bilanzgewinn	<u>2.051.780,28</u>	8.427.540,83	<u>1.549</u>	8.563
B. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.505.391,00		1.510	
2. Steuerrückstellungen	0,00		70	
3. Sonstige Rückstellungen	<u>440.974,76</u>	1.946.365,76	<u>438</u>	2.018
C. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	300.000,00		0	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	159.806,48		50	
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.032.929,44		1.069	
4. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>20.126.719,07</u>	21.619.454,99	<u>21.632</u>	22.751
D. Rechnungsabgrenzungsposten		<u>3.216.712,10</u>		<u>3.572</u>
		<u>35.210.073,68</u>		<u>36.904</u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2007

	EUR	2007 EUR	TEUR	2006 TEUR
1. Umsatzerlöse		4.610.049,31		4.744
2. Sonstige betriebliche Erträge		<u>460.684,75</u>		<u>541</u>
		5.070.734,06		5.285
3. Materialaufwand				
Aufwendungen für bezogene Leistungen		-498.471,54		-347
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	-520.733,67		-492	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	<u>-140.599,02</u>	-661.332,69	<u>-273</u>	-765
5. Abschreibungen auf Sachanlagen		-1.612.066,82		-1.768
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-540.898,93		-534
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.044,12		15	
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-1.043.931,41</u>	<u>-1.036.887,29</u>	<u>-1.105</u>	<u>-1.090</u>
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		721.076,79		781
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-200.033,76		-258
11. Sonstige Steuern		<u>-18.469,38</u>		<u>-17</u>
12. Jahresüberschuss		502.573,65		506
13. Gewinnvortrag		<u>1.549.206,63</u>		<u>1.043</u>
14. Bilanzgewinn		<u><u>2.051.780,28</u></u>		<u><u>1.549</u></u>

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2007

I. ALLGEMEINE ANGABEN ZU INHALT UND GLIEDERUNG DES JAHRESABSCHLUSSES

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften für Kapitalgesellschaften i.S.d. § 264 HGB aufgestellt. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007 weicht in Ansatz und Gliederung nicht von dem Vorjahresabschluss ab. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren beibehalten.

II. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

Das Sachanlagevermögen ist mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bewertet. Die Nutzungsdauer beträgt bei Gebäuden 40 bis 50 Jahre. Mietereinbauten werden über die Laufzeit des zu Grunde liegenden Mietverhältnisses abgeschrieben. Bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung beträgt die Nutzungsdauer zwischen drei und zehn Jahren.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen sind mit den Anschaffungskosten angesetzt.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind mit dem Nominalbetrag unter Berücksichtigung erforderlicher Wertberichtigungen angesetzt.

Die Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen entsprechend dem Teilwertverfahren unter Zugrundelegung eines Rechnungszinsfußes von 6,0 % und der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck gebildet.

Die übrigen Rückstellungen werden in Höhe des Betrags angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um alle am Bilanzstichtag erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten abzudecken.

Die Verbindlichkeiten sind mit den Rückzahlungsbeträgen angesetzt.

III. ERLÄUTERUNGEN ZUM JAHRESABSCHLUSS

ANGABEN ZUR BILANZ

Anlagevermögen

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				31.12.2007
	01.01.2007	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	
Entwicklung des Anlagevermögens	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Sachanlagen					
1. Grundstücke und Bauten	54.731.892,99	403.158,30	225.126,82	0,00	55.360.178,11
2. Technische Anlagen und Maschinen	26.614,00	0,00	0,00	0,00	26.614,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	185.162,19	8.576,20	0,00	0,00	193.738,39
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	225.126,82	120.496,32	-225.126,82	0,00	120.496,32
	55.168.796,00	532.230,82	0,00	0,00	55.701.026,82
II. Finanzanlagen					
Anteile an verbundenen Unternehmen	67.895,21	0,00	0,00	0,00	67.895,21
	55.236.691,21	532.230,82	0,00	0,00	55.768.922,03

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in der Anlage zum Anhang dargestellt. Der Anteilsbesitz stellt sich zum Bilanzstichtag wie folgt dar:

	Anteil am Gesellschaftskapital %	Eigenkapital 31.12.2007 TEUR	Ergebnis 2007 TEUR
DeWe Deutsche Werkstätten Grundbesitzverwaltung GmbH, München	100,0	53	3
Unterstützungs-Einrichtung der Vereinigte Werkstätten für Kunst im Handwerk München-Bremen GmbH, München	100,0	981	-38

Das Vermögen der Unterstützungs-Einrichtung der Vereinigte Werkstätten für Kunst im Handwerk München-Bremen GmbH, München, ist zweckgebunden. Die DeWe Deutsche Werkstätten Grundbesitzverwaltung GmbH, München, hat ihre Geschäftstätigkeit noch nicht aufgenommen.

Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte	
01.01.2007	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Abgänge	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
19.589.833,67	1.594.837,12	0,00	21.184.670,79	35.142.059,32	34.175.507,32
26.614,00	0,00	0,00	26.614,00	0,00	0,00
144.252,69	17.229,70	0,00	161.482,39	40.909,50	32.256,00
0,00	0,00	0,00	0,00	225.126,82	120.496,32
19.760.700,36	1.612.066,82	0,00	21.372.767,18	35.408.095,64	34.328.259,64
0,00	0,00	0,00	0,00	67.895,21	67.895,21
19.760.700,36	1.612.066,82	0,00	21.372.767,18	35.475.990,85	34.396.154,85

Eigenkapital

Das Grundkapital entwickelte sich im Geschäftsjahr 2007 entsprechend dem Beschluss der Hauptversammlung vom 29. Juni 2007 wie folgt:

	TEUR
1. Januar 2007	1.436
Ordentliche Kapitalherabsetzung (7. August 2007)	-638
31. Dezember 2007	798

Das Grundkapital ist unverändert in 79.800 nennbetragslose, auf den Inhaber lautende Stückaktien eingeteilt. Jede Aktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme.

Die Kapitalrücklage und die anderen Gewinnrücklagen blieben im Geschäftsjahr 2007 unverändert.

Der Bilanzgewinn setzt sich wie folgt zusammen:

	TEUR
1. Januar 2007	1.549
Dividendenausschüttung 2006	<u>0</u>
Vortrag auf neue Rechnung	1.549
Jahresüberschuss 2007	<u>503</u>
 Bilanzgewinn	 <u><u>2.052</u></u>

Verbindlichkeiten

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen im Wesentlichen die Unterstützungs-Einrichtung der Vereinigte Werkstätten für Kunst im Handwerk München-Bremen GmbH, München. Durch gegebene Versorgungszusagen und gemäß versicherungsmathematischen Gutachten nach den Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck unter Berücksichtigung eines Zinsfußes von 6,0 % beträgt die Verpflichtung gegenüber der Unterstützungs-Einrichtung der Vereinigte Werkstätten für Kunst im Handwerk München-Bremen GmbH TEUR 1.227. Die vorgenommenen Zuweisungen an die Unterstützungs-Einrichtung betragen TEUR 981. Von diesem Betrag wurden im Berichtsjahr TEUR 38 neu zugewiesen. Dies entsprach der steuerlich höchstmöglichen Zuführung. Der entsprechende Aufwand ist innerhalb des Personalaufwands in der Position Aufwendungen für Altersversorgung erfasst. Gegenüber der nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Verpflichtung besteht ein Fehlbetrag von TEUR 245 (i. Vj. TEUR 255). Eine weitere Zuweisung des rechnerischen Fehlbetrages wäre im Berichtsjahr steuerlich nicht abzugsfähig; daher wurde von einer weiteren Dotierung Abstand genommen.

Die Restlaufzeiten der sonstigen Verbindlichkeiten betragen:

	2007	2006
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Bis 1 Jahr	2.934	2.908
1 bis 5 Jahre	7.616	7.469
Über 5 Jahre	9.577	<u>11.255</u>
	<u><u>20.127</u></u>	<u><u>21.632</u></u>

Alle übrigen Verbindlichkeiten sind innerhalb eines Jahres fällig. Die sonstigen Verbindlichkeiten sind in Höhe von TEUR 18.803 (i. Vj. TEUR 20.260) durch Grundpfandrechte gesichert.

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von TEUR 18 (i. Vj. TEUR 47).

Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

	2007	2006
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Geh- und Fahrtrecht und andere Dienstbarkeiten	<u>3.217</u>	<u>3.571</u>

Die AMIRA AG hat im Jahr 1996 ein Geh- und Fahrtrecht und andere Dienstbarkeiten zu Lasten ihres Grundstücks Ridlerstraße 31 eingeräumt. Die Entschädigung hierfür wird als dauernde Belastung entsprechend den Regelungen des Bewertungsgesetzes wie eine Belastung für einen Zeitraum von 18,6 Jahren bewertet. In entsprechender Höhe wird ein Rechnungsabgrenzungsposten gebildet und planmäßig über diesen Zeitraum aufgelöst.

ANGABEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG**Umsatzerlöse**

	2007	2006
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Miet- und Pächterträge		
Amiraplatz	2.497	2.459
Ridlerstraße	1.783	1.958
Kardinal-Faulhaber-Straße	330	327
	<u>4.610</u>	<u>4.744</u>

Sonstige betriebliche Erträge

	2007	2006
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Auflösung von passiven Rechnungsabgrenzungsposten	355	355
Sonstige Erträge	42	56
	<u>397</u>	<u>411</u>
Periodenfremde Erträge	64	130
	<u>461</u>	<u>541</u>

Materialaufwand

	2007	2006
	TEUR	TEUR
Instandhaltungsaufwendungen	366	220
Betriebsaufwendungen	133	128
	<u>499</u>	<u>348</u>

Personalaufwand

Die Aufwendungen für Altersversorgung betragen im Geschäftsjahr 2007 TEUR 112 (i. Vj. TEUR 248). Im Jahresdurchschnitt waren wie im Vorjahr zwei kaufmännische Angestellte beschäftigt.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2007	2006
	TEUR	TEUR
Verwaltungsaufwendungen	524	518
Periodenfremde und neutrale Aufwendungen	17	16
	<u>541</u>	<u>534</u>

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

	2007	2006
	TEUR	TEUR
Verbundene Unternehmen	45	44
Sonstige	999	1.061
	<u>1.044</u>	<u>1.105</u>

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

	2007	2006
	TEUR	TEUR
Berichtsjahr	200	201
Vorjahre	0	57
	<u>200</u>	<u>258</u>

IV. SONSTIGE ANGABEN

Aufsichtsrat

Gerald Hollrotter, München, Vorsitzender
Direktor der Hochtief AG i.R., München

Ernst Knut Stahl, München, stellvertretender Vorsitzender
Geschäftsführer der Lenbach Holding GmbH, München

Maria Theresia von Finck, München
Bankkauffrau

Gerald Hollrotter ist Mitglied des Aufsichtsrats der Nymphenburg Immobilien AG, München. Ernst Knut Stahl ist Mitglied des Aufsichtsrats der Custodia Holding AG, München, der Nymphenburg Immobilien AG, München, der Staatl. Mineralbrunnen AG Bad Brückenau, Bad Brückenau, sowie Verwaltungsrat der Mövenpick Holding AG, Cham/Schweiz, der Welinvest AG, Basel/Schweiz, der Clair Finanz Holding AG, Cham/Schweiz, und der Sonotel Ouchy SA, Lausanne/Schweiz.

Vorstand

Gerd Amtstätter, Kaufmann, München

Dieter Bleicher, Kaufmann, Grünwald

Dieter Bleicher war bis 31. März 2007 Mitglied des Aufsichtsrats der ARRI AG, München. Gerd Amtstätter ist Mitglied des Aufsichtsrats der Custodia Holding AG, München, der Staatl. Mineralbrunnen AG Bad Brückenau, Bad Brückenau, der Sektkellerei J. Oppmann AG, Würzburg, sowie Mitglied des Verwaltungsrats der Von Roll Holding AG, Gerlafingen/Schweiz.

Gesamtbezüge des Aufsichtsrats und des Vorstands

Die Gesamtvergütung an den Aufsichtsrat beträgt für das Geschäftsjahr 2007 TEUR 11. Die Gesamtvergütung an den Vorstand beträgt für das Geschäftsjahr 2007 TEUR 387. Gemäß dem Beschluss der Hauptversammlung vom 14. Juli 2006 unterbleibt die individualisierte Offenlegung der Vorstandsbezüge.

Für die Pensionsverpflichtungen gegenüber dem Vorstand sind insgesamt TEUR 827 zurückgestellt. Für die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen sind insgesamt TEUR 678 zurückgestellt. Die Pensionszahlungen an diesen Personenkreis betragen TEUR 65.

Erklärung nach § 161 AktG

Die unveränderte Entsprechenserklärung nach § 161 AktG wurde am 9. November 2007 im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht und somit den Aktionären dauerhaft zugänglich gemacht.

Honorare des Abschlussprüfers

Die für Dienstleistungen des Abschlussprüfers Bayerische Treuhandgesellschaft AG im Geschäftsjahr 2007 angefallenen Honorare betragen:

	<u>TEUR</u>
Abschlussprüfung (einschließlich Auslagen)	28
Steuerberatungsleistungen	<u>10</u>
	<u>38</u>

Mitteilungen gemäß § 21 Abs. 1 und § 22 WpHG

Die von Finck'sche Hauptverwaltung GmbH, München, hat uns am 21. Juni 2002 gemäß § 41 Abs. 2 Satz 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr am 1. April 2002 insgesamt 46,37 % der Stimmrechte an unserer Gesellschaft zustehen. Die von Finck'sche Hauptverwaltung, München, hat uns am 21. Juni 2002 gemäß § 41 Abs. 2 Satz 1 WpHG mitgeteilt, dass Herrn August von Finck, München, am 1. April 2002 insgesamt 85,42 % der Stimmrechte an unserer Gesellschaft zustehen. Davon sind Herrn August von Finck 46,37 % der Stimmrechte nach § 22 Abs. 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Die Stahl GmbH, München, hat uns am 26. Oktober 2005 für die Stahl Vermögens-GbR mitgeteilt, dass die Stahl Vermögens-GbR 100 % der Anteile an der 619 Owners Corp. und 100 % an der Stahl Beteiligungs-GmbH hält. Die Stahl GmbH, München, hat uns am 26. Oktober 2005 für die Stahl Vermögens-GbR gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass deren Stimmrechtsanteil an der AMIRA Verwaltungs AG am 17. Dezember 2004 6,252 % erreicht hatte, somit die Schwelle von 5 % überschritten hat und am 21. Dezember 2004 10,026 % erreicht hatte, somit die Schwelle von 10 % überschritten hat und zurzeit 11,291 % beträgt. Davon sind der Stahl Vermögens-GbR 11,291 % der Stimmrechte (619 Owners Corp. und Stahl Beteiligungs-GmbH) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns

Der Hauptversammlung wird vorgeschlagen, den Bilanzgewinn in Höhe von EUR 2.051.780,28 auf neue Rechnung vorzutragen.

München, 13. März 2008

AMIRA Verwaltungs AG

Gerd Amtstätter Dieter Bleicher

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der AMIRA Verwaltungs Aktiengesellschaft, München, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der AMIRA Verwaltungs Aktiengesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

München, 17. März 2008

Bayerische Treuhandgesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Huber
Wirtschaftsprüfer

Mühlhuber
Wirtschaftsprüfer

